

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher 07 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegrammbezeichnung Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe Morgenausgabe

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bülowplatz SA. will demonstrieren

Am nächsten Sonntag wollen die Nazis auf dem Bülowplatz demonstrieren, was zweifellos eine starke Herausforderung der Berliner Arbeiterschaft bedeutet, ganz besonders aber der Kommunisten, die dort ihr Parteihaus haben. Darob in große Aufregung geraten, fordert die „Rote Fahne“ nicht nur die Anhänger der kommunistischen Partei, sondern auch die sozialdemokratischen Arbeiter auf, sich am nächsten Sonntag in großen Massen vor ihrem Hause und zu dessen Schutze einzufinden.

Bis zum Sonntag ist wohl Zeit genug, die Sache auch noch etwas kaltblütiger zu betrachten. Nicht unerheblich ist dabei die Frage, was die Polizei tun wird. Sie kann — was allerdings eine starke Provokation wäre — die Kundgebung gestatten und ist dann auch genötigt sie zu schützen. Gegendemonstrationen würden in diesem Falle ohne weiteres mit der Polizei zusammengeraten; ob es dann möglich sein würde, die Nazidemonstration zu verhindern, wäre sozusagen eine technisch-militärische Frage. Es liegt aber nahe, daß die Polizei die Nazidemonstration auf dem Bülowplatz, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, nicht zulassen wird, dann wird sie natürlich überhaupt keine Kundgebung gestatten. Eine Gegenaktion hätte ja auch ihren Sinn verloren, wenn die Aktion unterbleibt.

Es scheint also, als ob die „Rote Fahne“ etwas voreilig an die sozialdemokratischen Arbeiter appelliert hätte. Aber die Art, wie sie das tut, ist für die kommunistischen Methoden höchst kennzeichnend. Unter dem Aufdruck an die sozialdemokratischen Arbeiter bringt sie nämlich ein Bild vom Monarchistenrummel im Sportpalast unter der albernen Ueberschrift: „Schluß mit diesem Leipart-Kurs!“ Was hat Leipart mit dem Rummel im Sportpalast zu tun? Nichts, auch nicht das geringste! Selten hat sich das kramphafte Bemühen der Kommunisten, für alle Uebel in der Welt die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verantwortlich zu machen, in so plumper Weise wie diesmal selber parodiert.

Die Frage des Zusammenstehens der ganzen Arbeiterklasse gegen feudale und faschistische Reaktion ist ungeheuer ernst. Daß sie nach kommunistischer Methode nicht gelöst werden kann, zeigt sich hier an einem Schulbeispiel. Man versucht die sozialdemokratischen Arbeiter in planlose Aktionen mit hineinzureißen und will ihre Anwesenheit dazu benutzen, ihnen über die Sozialdemokratische Partei den größten Ansinn vorzuschwemmen. Da aber wirkliche sozialdemokratische Arbeiter niemals auf so etwas hereinkommen werden, begnügt man sich damit, sich selber etwas vorzumachen, und das ganze kommunistische Einheitsfrontmanöver bewegt sich sozusagen im luftleeren Raum.

Also, wenn wir bitten dürfen, etwas weniger Angst und etwas mehr Verstand! Es ist richtig, daß — von der verhältnismäßig belanglosen Affäre am Bülowplatz abgesehen — ein ernster Kampf gegen die Reaktion nur mit den politischen geschulten Massen der Sozialdemokratischen Partei zu führen ist, und wenn man das im kommunistischen Lager einzusehen beginnt, so können wir diese Einsicht nur begrüßen. Wenn aber der Generalstab der „Roten Fahne“ glaubt, bei einem solchen Kampf das Kommando führen zu können, dann überschätzt er sich beträchtlich!

Ein neuer Flaggenfandal

Nazi-Parlamentspräsidenten provozieren die Republik!

Auf dem Landtagsgebäude und dem ehemaligen Herrenhause weht heute neben den Fahnen in den Farben Preußens und des Reichs die schwarzweißrote Fahne des Kaiserreichs. Frohlockend begrüßt die deutschnationale Presse den Landtagspräsidenten zu dieser Verfassungswidrigkeit. Augenscheinlich ist diese Landtagsbeschlagnahme auf Vertreiben der Deutschnationalen erfolgt. Deshalb liegt offenbar eine Verbeugung der Nationalsozialisten vor den Deutschnationalen und der schwarzweißroten Fahne vor.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sofort gegen Kerrls Annahme folgenden Antrag eingebracht:

Wir erheben gegen diese ungesetzliche Beschlagnahme des Landtagsgebäudes allerhöchsten Protest. Der Landtag wolle beschließen, den Landtagspräsidenten aufzufordern:

1. die schwarzweißrote Fahne sofort von dem Landtagsgebäude zu entfernen, da nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen diese Beschlagnahme unzulässig ist;
2. die Kosten für die Beschaffung der schwarzweißroten Fahne persönlich zu übernehmen, da die Bezahlung aus Staatsmitteln unzulässig ist.

Wo Nazi-Kerrl sich rührt, darf Nazi-Göring nicht schlafen. Dieser Präsident des Reichstags brachte es sogar fertig, von dem Präsidentenhaus die dort heute gehißte deutsche Reichsflagge herunterholen und sie durch die Kaiser-

flagge schwarzweißrot ersetzen zu lassen.

Die Nationalsozialisten, die erst durch die bürgerlichen Stimmen des Zentrums und benachbarter Gruppen in ihr Amt gekommen sind, legen es offensichtlich darauf an, das Volk zu provozieren. Wann wird ihnen dieses Handwerk durch ihre parlamentarischen Wähler gelegt werden?

Kerrl feiert die Zollern

Bei der Eröffnung der Mittwochssitzung des Preussischen Landtages gedachte Präsident Kerrl in einer kurzen Ansprache der 62. Wiederkehr des Reichsgründungstages, wobei er das Fürstengeschlecht der Hohenzollern den Träger der deutschen Einheitsidee nannte.

Die Nationalsozialisten nahmen die Ansprache des Präsidenten mit Bravo-Rufen auf, Sozialdemokraten und Kommunisten waren der Kundgebung ferngeblieben. Die anwesenden Abgeordneten hatten die Kundgebung des Präsidenten stehend angehört.

Zu Darmsteden kam es hierauf, als der sozialdemokratische Abgeordnete Bürgen den Antrag seiner Fraktion wegen der Beschlagnahme des Landtagsgebäudes mit den schwarzweißroten Farben einbrachte und Unterbrechung der Sitzung forderte, damit der Reichstag dazu Stellung nehmen könne. Die Unterbrechung der Sitzung wurde jedoch abgelehnt.

„Waffendepots“

Die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag hat folgenden Antrag zu dem Unfug nationalsozialistischer Waffentlager eingebracht:

„Die Aufklärung des gemeinen Raubmordverbrechens am Silvesterabend gegen den deutschnationalen Gutspächter Steinicke in Streithof im Kreis Randow (Pommern) läßt nicht nur die Herkunft der Waffen, die bei diesem Verbrechen benutzt worden sind, sondern auch die Sprengstoffquellen erkennen, aus denen Bomben zu dem Anschlag auf das Gebäude des sozialdemokratischen „Volksboten“ in Stettin am 9. August 1932 Verwendung fanden. Aus dem Polizeibericht geht einwandfrei hervor, daß die vier festgenommenen Stettiner Nationalsozialisten bei Begehung des Raubmordes in Streithof mit Waffen ausgerüstet waren, die aus dem Depot der SA. stammten.

Bei Aufklärung anderer Ueberfälle, Verbrechen und Mordtaten, an denen Nationalsozialisten beteiligt waren, ist in den Polizeiberichten wiederholt von Waffendepots und Waffenbeständen der SA. die Rede. Diese polizeilichen Feststellungen zwingen zu der Schlussfolgerung, daß die

SA. sich unter den Augen der Behörden Waffenbestände zugelegt hat, die zur Ausübung gemeiner Verbrechen Verwendung finden.

Die ständige Zunahme von Ueberfällen auf Verkehrslokale und Wohnungen organisierter Arbeiter, von Raub- und Mordtaten durch Angehörige der nationalsozialistischen Bewegung in den letzten Tagen erfordert schärfste Abwehrmaßnahmen.

Die Fraktion beantragt daher, das Staatsministerium zu ersuchen, den Reichskommissar erneut auf die Gefahr hinzuweisen, die durch die Bewaffnung der SA. entstanden ist, und von ihm zu verlangen, im Interesse der durch die Verbrechen der SA. gefährdeten Sicherheit und Ordnung die Waffenbestände der SA. zu beschlagnahmen.“

Was wird mit Berlin?

Gerüchte um die Bezirksreform — Angst vor der eigenen Courage?

Es ist noch nicht lange her, da der allgewaltige Kommissar Bracht der Stadt Berlin ein Ultimatum zugehen ließ, das von der Reichshauptstadt innerhalb kürzester Frist die Vortragung einer Bezirks- und Verwaltungsreform forderte. Herr Bracht hatte es damals so eilig, daß er auf den Protest der Stadtvertretung hin die Frist von sich aus zweimal verlängern mußte.

Inzwischen war man im Rathaus fieberhaft tätig, um das schwierige Projekt fertigzustellen. Zwei anerkannte Kommunalpolitiker, Bürgermeister Lange und Stadtrat Dr. Heuer, arbeiteten den bekannten Magistratsplan aus, nach dem die Reichshauptstadt zukünftig aus neun Bezirken bestehen soll und der eine Vereinfachung und Umänderung der gesamten Bezirksverwaltung vorsieht. Nachdem die Stadtverordneten das Wort durchberaten hatten, ohne allerdings zu einer einheitlichen Stellung zu gelangen, wurde die Reform dem Berliner Polizeipräsidenten in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident zur Begutachtung vorgelegt. Hier wurde der Plan im großen und ganzen als eine Besserung gegenüber dem bisherigen Zustand besonders deshalb begrüßt, weil durch seine Verwirklichung eine größere Uebereinstimmung der städtischen Verwaltungsbezirke mit den Polizeibezirken erreicht wird.

Das so von allen Seiten kritisch abgetastete Reformwerk gelangte nun schließlich über den Oberpräsidenten an das preussische Innenministerium, wo Herr Bracht nach autoritären Rezepten regiert. Und nun wurde es plötzlich um die Berliner Verwaltungsreform, die man vorher nicht förmlich genug verlangen konnte, ruhig und still. Von den regierenden Männern war nicht herauszubekommen, wann die so

stürmisch verlangte Vereinfachung der Berliner Verwaltung nun durchgeführt werden sollte.

Heute wissen nun plötzlich zwei Vormittagsblätter zu berichten, daß man im Innenministerium der Ansicht sei, das Reformwerk sei so, wie es vorgelegt wird, überhaupt nicht zu verwirklichen. Man wolle die gesamte Umänderung der Verwaltung bis nach den Kommunalwahlen im Herbst 1933 vertagen. Es soll heute nachmittag eine Besprechung des Berliner Oberbürgermeisters mit dem Reichskommissar Bracht über diese Frage stattfinden.

Es scheint also, daß Herr Bracht seine Meinung über die Notwendigkeit einer Berliner Verwaltungsreform geändert hat, weil er irgendwelchen reaktionären Einflüsterungen unterlegen ist. Ein neues Beispiel „autoritärer Staatsführung!“

Die Morphiumspritze

Reichsjustizminister Gürtner über den neuen Vollstreckungsschutz

Reichsjustizminister Dr. Gürtner erläuterte heute mittag vor der Presse die neue Notverordnung des Reichspräsidenten über den Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft. Er betonte ausdrücklich im Laufe seiner Ausführungen, daß derartige Maßnahmen wie der Vollstreckungsschutz die Landwirtschaft nicht heilen könnten,

ebenso wenig wie eine Morphiumspritze einem Patienten Heilung zu bringen vermöge.

Der Zweck dieses Mittels liege darin, es der Landwirtschaft zu ermöglichen, die Krise zu überdauern, so wie eine Morphiuminjektion zuweilen notwendig ist, um an einem Patienten die unerlässliche Operation überhaupt zu ermöglichen, die allein die Heilung bringen könne.

Dr. Gürtner erläuterte die einzelnen Bestimmungen der Notverordnung und kam zusammenfassend zu dem Schluß, daß sie keine eigentliche Erweiterung des bisherigen Pflichtenverhaltens darstelle, sondern nur eine Ausdehnung in zeitlicher Beziehung (bis längstens 31. Oktober 1933) und einige sachliche Erleichterungen bringe.

Trotsky's Anklage

Stalinschuld am Selbstmord Sinaida Wolkows

Leo Trotsky hat seiner Uebersetzerin hier in Berlin eine Darstellung der Ursache des Selbstmordes seiner Tochter geschickt. Die Uebersetzerin ist beauftragt, dieses Schreiben an das Zentralkomitee der KPD. weiterzuschicken.

Trotsky gibt der Aberkennung der Sowjetstaatsbürgerschaft gegen seine Tochter die Hauptschuld an ihrem Selbstmord, denn hierdurch ist sie an der Rückkehr nach Rußland verhindert worden. Deutsche Psychiater hätten diese Rückkehr zu dem dort hinterlassenen Töchterchen und in die gewohnten Lebensverhältnisse als einziges Mittel zur Wiederherstellung des seelischen Gleichgewichts Sinaidas erklärt. Da ihr diese Reise verwehrt war, ging sie in den Tod.

Trotsky's Schreiben bestätigt, daß sein Schwiegersohn Wolkow politischer Verbannter ist. Man erfährt weiter, daß Trotsky's jüngere Tochter an der Schwindsucht verstorben ist — 70 Tage hat

Warmbold gegen Agrarforderungen

Der Wirtschaftsminister über die Wirtschaftslage

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm heute zuerst eine Antwort des Wirtschaftsministers zu den Fragen der De. atke entgegen. Minister Warmbold erklärte zum Empfang des Landbundes beim Reichspräsidenten, die Entwicklung sei so vor sich gegangen, daß vormittags die Landbundesherren beim Reichspräsidenten gewesen und ihre Wünsche vorgebracht hätten. Diese Wünsche habe der Reichspräsident am Nachmittag mit den Ministern besprochen. Dabei habe er zweimal erklärt, daß er für keine einzelne Gruppe da sei, sondern nur für das Ganze.

Der Minister meinte weiter, es sei außerordentlich nützlich, daß die Aussprache im Haushaltsausschuß erfolge. So könne er auch über die allgemeinen Grundzüge der Wirtschaftspolitik sprechen.

Hier gebe es unerrückbare Grundtatsachen, über die die Entscheidung schon vor 50 Jahren erfolgt sei. Wir wollten damals den Bevölkerungszuwachs im Inlande behalten und den Warenüberschuß ins Ausland bringen. Diese Wirtschaftspolitik müsse zwangsläufig fortgesetzt werden und das legt unsere Linie der Handelspolitik fest. Heute erzeugt die Landwirtschaft 25 Proz. mehr als 1924, ohne daß die Zahl der Beschäftigten gestiegen wäre. Wir stehen vor der völligen Selbstversorgung. Einstellung von neuen Arbeitskräften sei kaum möglich, auch nicht bei weiterer Steigerung der Erzeugung, die mehr durch Rationalisierung erzielt werde.

Wir können uns also nicht aus der Weltwirtschaft zurückziehen. Wer es dennoch meint, der müsse es erst nachweisen.

Außerdem fehlen uns die wichtigsten Rohstoffe, wir müßten also auch unter diesem Gesichtspunkt mit der Weltwirtschaft in Verbindung bleiben. Je mehr Selbstversorgung, um so ausschließlicher werden die Preise von der Kaufkraft, also von

der Höhe der Löhne bestimmt. Die Landwirtschaft sei am industriellen Export am meisten interessiert, weil nur durch den Export die innerdeutsche Preisbildung für die Landwirtschaft gehalten werden kann. Der Export ist ohnedies seit 1930 schon um rund 6 Milliarden gesunken. Damit hat die Landwirtschaft 3 bis 4 Milliarden Kaufkraft des Arbeiters nicht mehr erhalten. Wird die Ausfuhr noch weiter eingeschränkt, dann gibt

es noch weniger Kaufkraft für Nahrungsmittel. Um wieviel kann man überhaupt die Kaufkraft der Landwirtschaft steigern? Sie kann allerhöchstens ein Viertel der industriellen und gewerblichen Produktion aufnehmen. Dreiviertel nehmen die anderen Teile des Volkes ab und geht in den Export. Die besten Kunden der Industriestaaten seien nicht die Agrarstaaten, sondern die Industriestaaten. Das gleiche gelte für die Agrar- und Industrieprovinzen in Deutschland. In der Inlandsempfang der reinen Agrargebiete an Agrarerzeugnissen betrug 25 M. pro Kopf, an Industrieerzeugnissen 145 M., aber die Industriegebiete übernahmen pro Kopf 99 M. Agrarprodukte und 196 M. Industrieprodukte.

Der Bankkommissar des Reichs habe als erste große Aufgabe die Senkung der Bankenzinsen zu erledigen gehabt. Das Ergebnis sei erheblich: im Dezember habe der Industriekredit 12 Proz. betragen, heute seien es 7 Proz.

Zum Vollstreckungsschuß für die Landwirtschaft werde der Justizminister die deutsche Presse heute gesondert unterrichten.

Die Frage neuer Auslandsschulden sei heute gegenstandslos, da die alten, kurzfristigen Auslandsschulden noch durch Stillhaltung gebunden seien.

Landbundesführer Engel (Nso.) polemisierte gegen den Wirtschaftsminister. Das Gesamtbudget der Landwirtschaft schätzte er auf 2 bis 3 Milliarden Mark. Deswegen müßten neben der Steuerentlastung noch andere Senkungen der landwirtschaftlichen Lasten erfolgen. Er wolle der Industrie nicht den Laden heran und schlagen die Schaulensterische ein. Der Vorfall war jedoch von Postanten bemerkt worden, die Schupobeamte alarmierten. Zwei der Täter konnten nach längerer Verfolgung festgenommen und der politischen Abteilung des Polizeipräsidenten eingeliefert werden.

Die Erörterung der Ostfragen soll am Mittwoch erfolgen.

Die Lilie

Von den Entzündungsdarlehen der Osthilfe erhalten 191 Großgrundbesitzer ein Viertel gleich 32 Millionen Mark!



Seht uns Großagrariere in Ostelbien. Wir säen zwar, wir ernten zwar, und die Regierung ernährt uns doch!

Tragödie eines Wissenschaftlers

Gasexplosion bringt Hausbewohner in Gefahr

Der Privatdozent Dr. Werner Schulte, der in Spandau im Hause Hohenzollerndamm 118 wohnt, verübte in der vergangenen Nacht Selbstmord durch Einatmen von Gas. Da sich neben seiner Wohnung ein Laboratorium mit vielen Chemikalien befindet, das Schulte gehört, entstand auf bisher noch ungeklärte Weise eine Gasexplosion, die erhebliche Vernichtungen anrichtete. Schulte wurde zwar noch lebend aus seiner Wohnung geborgen, starb aber auf dem Wege ins Spandauer Krankenhaus.

Dr. Schulte ist in wissenschaftlichen Kreisen bereits sehr bekannt. Er ist Leiter des psychologischen Institutes der Hochschule für Leibesübungen und der Abteilung für Psychotechnik an der Humboldt-Hochschule. Zum Erstaunen seiner Freunde heiratete der überaus junge Mann am 29. Dezember vorigen Jahres. Schon nach 13 Tagen hatte ihn seine Frau wieder verlassen. Dieser Umstand wird auch auf sein Gemüt eingewirkt und mit zu dem Selbstmord Veranlassung gegeben haben. Seine große Praxis als praktischer Arzt war in letzter Zeit zurückgegangen. Die wissenschaftlichen Arbeiten hatten ihn an der Ausübung seines eigentlichen Berufes gehindert. Lebensfremd, wie er war, hatte er es auch nicht verstanden Haus zu

halten und war bald in Schulden geraten. In der vergangenen Nacht nun hatte Dr. Schulte sein Bett im Laboratorium aufgeschlagen, sich bei geöffneten Gasähnen niedergelegt.

Gegen 3 Uhr morgens erfolgte eine starke Explosion. Die Hausbewohner wurden durch die Detonation, die das ganze Haus erschütterte, aus den Betten geschreckt.

Die Fenster Scheiben der Wohnung zersprangen und eine Wand von fünf Meter Länge wurde in die Nachbarmwohnung gedrückt. Die Spandauer Feuerwehr drang mit Gasmasken in die Wohnung Schultes ein. Man fand den Unglücklichen, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, mit schweren Verletzungen auf.

An der Wohnungstür heftete ein Zettel mit roter Aufschrift: „Vorsicht! Gas! Auf dem Tisch in der Wohnung fand die Kriminalpolizei ein Schreiben, das Schulte an Vermandte gerichtet hatte, und sein Testament. Hierin erklärte er, daß er seinen Hausstand nicht mehr in der gewohnten Weise aufrechterhalten könne. Die Schulden drückten ihn zu Boden und der Tod sei der einzige Ausweg.“

Japans Kommunistenhaß

7000 Verhaftungen in einem Jahr

Tokio, 18. Januar.

Unter Aufhebung des Schweigegebots für die Zeitungen veröffentlichten die Behörden Einzelheiten über die Verhaftung von etwa 2000 „Radikalen“ Ende Oktober v. J. Den Ausgangspunkt bildete die Verhaftung dreier Männer, die eine Bank in der Nähe von Tokio überfallen hatten und beim Verhör Ort und Zeit der nächsten wichtigen Zusammenkunft kommunistischer Führer angaben. Zu dieser Zusammenkunft erschienen Polizisten in kugelsicheren Westen und verhafteten nach einem hartnäckigen Kampf, bei dem vier Polizisten verletzt wurden, elf Versammlungsteilnehmer. Im ganzen sind im letzten Jahr in Tokio 7000 Radikale, meistens junge Männer und Mädchen, darunter viele aus reichen Familien, verhaftet worden.

Singer-Filiale zerstört

Tokio, 18. Januar.

Die hiesige Filiale der Singer-Nähmaschinen-Gesellschaft war heute der Schauplatz wilder Ausschreitungen. Um die Zeit, als das ausländische Personal sich zum Mittagessen begeben hatte, drangen etwa 200 Japaner in die Geschäftsräume ein, wo sie fast das ganze Mobiliar und wichtige Register zerstörten. Die

Polizei, die das nicht mehr verhindern konnte, nahm über 100 Verhaftungen vor. Der Ueberfall wird auf die Unzufriedenheit der einheimischen Agenten der Gesellschaft mit ihren Vertragsbedingungen zurückgeführt.

Nazibanditen

Die täglichen Ueberfälle

Eine Nazibande versuchte in der vergangenen Nacht in das Reichsbannerlokal von Giebler in der Utrechter Straß. 13 im Norden Berlins einzudringen. Bei der Abwehr des SA-Angriffs kam es vor dem Lokal zu einer kuffigen Schlägerei, bei der ein Reichsbannermann Verletzungen erlitt.

Gegen 1/2 Uhr nachts ertönten in der menschenleeren Utrechter Straße mehrere Risse und plötzlich tauchten vor dem dortigen Reichsbannerlokal zahlreiche SA-Leute auf, die zum Teil in Uniform waren. Sie hatten offenbar nicht damit gerechnet, daß sich in der Gastwirtschaft noch Reichsbannerleute befinden würden. Die Bande wurde zurückgedrängt; auf der Straße vor dem Lokal nahm das Handgemenge seinen Fortgang. Durch den Tumult war eine Polizeistreife aufmerksam geworden, die herbeieilte und nach Aufgabe von zwei Schreckschüssen die Gegner trennte. Sieben Beteiligte, zum größten Teil SA-Leute,

wurden festgenommen und der politischen Polizei übergeben.

Einen anderen freiben Uebergriff erlaubten sich die Banden Hitlers gegen 1/2 Uhr nachts in der Kantstraße 128 in Charlottenburg, wo sich eine Ausgabe der „Vorwärts“ befindet. Mehrere SA-Buriken richteten sich unauffällig an den Laden heran und schlugen die Schaufensterscheiben ein. Der Vorfall war jedoch von Postanten bemerkt worden, die Schupobeamte alarmierten. Zwei der Täter konnten nach längerer Verfolgung festgenommen und der politischen Abteilung des Polizeipräsidenten eingeliefert werden.

Feuer in der Ackerstraße

In den Räumen der Deutsch-Evangelischen Buch- und Traktatgesellschaft in der Ackerstraße 39 im Norden Berlins brach heute ein gefährlicher Brand aus. Die Flammen fanden an Regalen, Kästen und Papierballen überaus reiche Nahrung und griffen schnell um sich. Starke Verqualmung behinderte die Vöschmannschaften der Feuerwehr bei ihrer Arbeit. Der Schaden ist erheblich. Ueber die Entstehungsursache des Feuers ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Feuer im Präsidentschloß

Neudeck (Ostpreußen), 18. Januar.

Da auf Schloß Neudeck, dem ostpreussischen Herrenhof des Reichspräsidenten, anlässlich des Begräbnisses der Cousine des Reichspräsidenten Besuch erwartet wurde, mußten am Dienstag die eingefrorenen Heizungsrohre aufgetaut werden. Hierbei muß die hinter dem Puz befindliche Holzwand in Brand geraten sein. Als die ersten Schmelzstellen entdeckt wurden, griffen Schloßbeamte ein und erstickten das Feuer. Bald machte sich aber auch an anderen Stellen Brandgeruch bemerkbar, so daß die Freystädter Feuerwehr alarmiert wurde, die auf einen Nachalarm eine Motorspritze entsenden mußte, da an verschiedenen Stellen die hellen Flammen herausschlugen. Das ganze Schloß wäre zweifellos ein Opfer der Flammen geworden, wenn die Feuerwehr nicht über lange Schlauchleitungen verfügt hätte, die zu einem entfernt liegenden Graben geleitet werden mußten.

Ungetreuer Buchhalter

36 000 Mark unterschlagen

Unterschlagungen in Höhe von 36 000 M. wurden bei dem Automobil-Club von Deutschland, Leipziger Platz 16, aufgedeckt. Der Schuldige, der 38 Jahre alte Buchhalter Eberhard Müller aus Sieglitz, wurde festgenommen. Müller gestand, 36 000 M. an sich gebracht zu haben. Das Geld ist nicht mehr zu retten.

man ihren letzten Brief in Rußland zurückgehalten! — und daß auch ihr Mann schon fünf Jahre lang politisch „isoliert“ ist. All das legt Trotsky Stalin zur Last. Zum Schluß beschuldigt er den Diktator noch, durch die Sowjetagentur „Tsch“ die Zweckmeldung verbreitet zu haben, Trotsky halte in Kopenhagen eine Trotskistenagung ab, womit der beabsichtigte Erfolg erreicht worden sei, daß Dänemark ihn nicht länger im Lande bleiben ließ, obwohl seine Frau eine Kur begonnen und er eine beabsichtigt hatte.

Trotsky schließt damit, die wiedererstandene Partei Lenins werde aus dieser Nachpolitik Stalins ihre Konsequenzen ziehen...

Die „schluchzende Fraktion“

Frick verklagt Otto Straßer

Dr. Frick stellt gegenüber einer Behauptung der „Schwarzen Front“, Dr. Frick habe keinen Strafantrag gegen Otto Straßer gestellt, in einer Erklärung im „Völkischen Beobachter“ fest, daß er die angekündigte Strafanzeige gegen Otto Straßer und den verantwortlichen Schriftleiter A. Franke-Grädich (Hildebrand) wegen Zuwiderhandlung gegen § 19 Abs. 2, § 11 des Reichspressgesetzes (Nichtabdruck einer Berichtigung) am 7. Januar 1933 mit Einschreibebrief an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Berlin-Moabit erstattet habe.

Wegen der Behauptung, die „Feststellungen“ Dr. Fricks in einer der „Schwarzen Front“ gefandten Berichtigung zu der „Hildebrand“ seien erfolgt, hat Dr. Frick weiter am Dienstag (erst?) Strafantrag gegen Otto Straßer und den verantwortlichen Schriftleiter A. Franke-Grädich (Hildebrand) wegen Beleidigung gestellt und die Offiziaklage durch die Staatsanwaltschaft beantragt.

Wenn es zu diesem Beleidigungsprozeß kommt, kann eine Weiserhebung stattfinden und die kann lustig werden.

Pressesubvention

Erklärung der Zeitungsverleger

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) e. V. hat folgende Entschliebung gefaßt:

Bei der Kritik pressepolitischer Maßnahmen einzelner Regierungsstellen ist in letzter Zeit vielfach auch eine Frage erörtert worden, zu der sich die deutschen Zeitungsverleger berufenerweise zu äußern haben. Nach den Grundzügen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) e. V. ist es unvereinbar mit der Pflichtauffassung und der Verantwortung des Verlegers, unmittelbar oder auf Umwegen Subventionen jeglicher Art, insbesondere öffentliche Mittel zur parteipolitischen oder überhaupt innerpolitischen (warum nur zu innerpolitischen Zwecken? Red. d. „Borno.“) Zwecken anzunehmen. Die Verwendung derartiger Mittel zu solchen Zwecken ist zu verwerfen. Durch Verstöße gegen die Grundzüge werden außerdem falsche Meinungen über Möglichkeiten des Gewinnkaufs erzeugt und böswillige Verallgemeinerungen gefördert, die das Ansehen der unabhängigen deutschen Presse ebenso schädigen, wie die Staatsautorität.

SA.-Saalschlacht

Regelrechter Landfriedensbruch

Löbau, 18. Januar.

In einer Massenversammlung der Eisernen Front, die sich mit dem Frememord in Dresden beschäftigte, kam es zu einer von SA-Leuten provozierten Saalschlacht. Zwölf Personen, darunter ein Polizeibeamter, wurden verletzt; vier schwerverletzte Nazis mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Als die Polizei die in der überfüllten Versammlung anwesenden Nationalsozialisten wegen fortgesetzter schwerer Provokationen aus dem Saal befördern wollte, injizierten die aus der Umgebung von Löbau herangeholten SA-Leute unter Leitung des Nazi-Reichstagsabgeordneten Reiter einen Zusammenstoß. Sie warfen mit Biergläsern, Stühlen und anderen Gegenständen. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel vor und drängte die Nationalsozialisten schließlich aus dem Saal. Die Nationalsozialisten versuchten immer wieder, in den Versammlungssaal einzudringen, sie erbrachten eine Tür und warfen von der Galerie Stühle in den Saal. Die Schuld der Nationalsozialisten an dem Ueberfall steht einwandfrei fest. Sie hatten vororglich ihre Sanitäter mitgebracht. Reiter hatte in der Debatte die Behauptung aufgestellt, daß der ermordete SA-Mann Hentsch ein — sozialdemokratischer Spion (1) gewesen sei.

Pfarrer Hod war jahrzehntelang ungarischer Abgeordneter. Unter dem weißen Terror verfolgt, ist er ins Ausland geflohen. Als der Kreis kürzlich heimkehrte, behandelte man ihn als Verbrecher: Fingerabdrücke und Photographie fürs Alibum, Gefängnis! Am 19. d. M. wird das Gericht gegen ihn verhandeln.

Preußen gegen Reich

Ein historisches Dokument

Sechs Tage lang hat sich vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Klage Preußens gegen die Regierung Papen wegen des Staatsstreiches vom 20. Juli hingezogen. Die Verhandlungen standen, wenn man von den demagogischen Entgeisungen absteht, die sich der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Gottheiner, in den ersten Tagen leistete, auf einem hohen geistigen und wissenschaftlichen Niveau. Es ist daher zu begrüßen, daß der Verlag J. H. W. Diez durch Herausgabe des stenographischen Berichtes ein staatsrechtliches Dokument von bleibender Bedeutung geschaffen hat. Nicht unerwähnt bleiben darf bei dieser Gelegenheit der Name eines Mannes, durch dessen Fleiß dieses Buch erst möglich geworden ist, des vom sozialdemokratischen Parteivorstand zu den Verhandlungen entsandten Stenographen Hans Frengel. Er hat ganz allein ein fehlerfreies und zuverlässiges Stenogramm hergestellt, das nach geringfügigen stilistischen Korrekturen durch die Redner gedruckt werden konnte.

Ministerialdirektor Dr. Brecht, der Vertreter Preußens vor dem Staatsgerichtshof, hat dem Buch ein Vorwort beigegeben, das die historische und politische Bedeutung der Verhandlungen würdigt. Er sieht in der Tatsache, daß die deutsche Reichsverfassung in einem Falle wie dem des 20. Juli 1932 die Anrufung des Staatsgerichtshofs zuläßt, eine Garantie gegen Bürgerkrieg und gewalttätige Auseinandersetzungen. Vielleicht eine zu optimistische Anschauung, da Brecht selber zugestehen muß, daß der Staatsgerichtshof trotz grundsätzlicher Anerkennung des preußischen Standpunktes dem Reich „eine große, fast überwältigende Machtfülle“ gefahren hat. Die von Brecht hervorgehobene Tatsache, daß der Staatsgerichtshof immer wieder betont, daß es sich nur um vorübergehende Maßregeln handeln dürfe, hat nicht verhindert, daß diese Maßregeln nunmehr schon ein halbes Jahr lang „vorübergehend“ in Kraft sind.

Den Hauptteil des Buches bildet der Prozeßbericht auf 477 Seiten, wozu noch 40 Seiten dokumentarische Anlagen treten, darunter das Urteil des Staatsgerichtshofes nebst Urteilsgründen. Wenn auch der Umfang des Buches von insgesamt 535 Seiten, dem jeder der Preis von 15 Mark entsprechen mußte, die Anschaffung für den einzelnen Arbeiter so gut wie unmöglich macht, so wird es künftig doch in keiner Gemeinschaftsbibliothek fehlen dürfen als eins der besten Quellenwerke zur Erkenntnis des aufgemühten Jahres 1932.

Endlich ein Film!

„Der Rebell“ im Ufa-Palast

Luis Trenker hat uns bereits manchen guten Bergfilm geschenkt, in dem die Schönheit der alpinen Landschaft und der Kampf des Menschen in und mit der Natur gleich groß herauskamen. Aber in diesem „Freiheitsfilm aus den Bergen“ hat er alle bisher erreichten Maße weit hinter sich gelassen. Der Film stellt eine Episode aus dem Freiheitskampf der Tiroler gegen die verbündeten Bayern und Franzosen aus dem Jahre 1809 dar. Dies Motiv hat zweifellos bei manchen der stürmisch Beifall stiftenden zum Erfolge beigetragen, aber es ist in keiner Weise entscheidend für den künstlerischen Erfolg. Wenn die Patrioten, die aus der Geschichte nichts zulernen, sich an diesem Film erheben sollten, so muß man ihnen ins Gedächtnis rufen, daß die Freiheit der Tiroler jetzt von Mussolini und nicht von Napoleon, und daß sie im Jahre 1809 ebenso sehr von den guten Bayern bedroht war.

Trenker hat viele Helfer gehabt, die seinem Film zum Triumph verhelfen. Als Mitregisseur Kurt Bernhardt, als Helfer am Drehbuch Stemmle und Schmidkunst und in der diskreten Musikunterstützung Becc. Aber er ist als Musikskriptverfasser, Hauptdarsteller und Regisseur doch die Seele des Ganzen. Wohl nie ist die alpine Landschaft erhabener und schöner zum Mitspielenden Hintergrund eines Filmes gemacht worden als hier. Sepp Allgeier hat Himmel und Wolken, den verschleierte Sonnenaufgang, die Dämmerlichter des Abends und die fackeldurchleuchtete Nacht mit all ihren Stimmungszaubern mit der Kamera eingefangen. Vor dieser großen Natur spielt sich ein ebenso großer Inhalt ab: der Aufstand und der Kampf der als Masse geführten Tiroler Bauern gegen die drückende Fremdherrschaft. Trenker als Rebell, der zunächst seinen privaten Kampf durchführt, wird zum Führer. Wie ein zweiter Fairbanks ist er auch der Heros des Kampfes; als führender Reiter und als Bergkletterer führt er Bravourstücken vor, die alles schlagen, was auf diesem Gebiete bisher geleistet wurde. Auf dem Ball in Innsbruck, der ein zartes Intermezzo in dem Furioso des übrigen Films darstellt, tritt er gar als galanter Lausensassa auf. Der Höhepunkt ist der Ueberfall der Tiroler auf die durch ein enges Felsstal einrückenden Franzosen. Die Natur wird zum Mitspieler des Menschen. Ungeheure Steinlawine werden von den Bauern losgelassen, ein wildes Durcheinander von donnerndem Felssturz, dem aufklaffenden Bergwaller und dem infernalischen Aufeinanderprall der Kämpfenden erfüllt die Szene. Der

Die Geschäfte des Generaldirektors

Der deutschnationale Lettow auf der Anklagebank

Vor dem Landgericht I begann heute morgen unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Neumann die auf mehrere Wochen berechnete Verhandlung gegen den früheren Generaldirektor der Berliner Städtischen Müllabfuhrgesellschaft (Bemag), Kurt Lettow. Es werden ihm von der Anklagebehörde zahlreiche Verfehlungen zur Last gelegt, u. a. auch Zahlung von Schmiergeldern.

Die Hauptanklage geht aber dahin, daß Lettow als Vorstandsmitglied der Bemag und als Aufsichtsratsmitglied der David Grove A. G., die in enger Verbindung mit der Bemag stand, die Interessen seines Privatunternehmens, der Bipa (Müllabfuhrgesellschaft am Viktoriapark G. m. b. H.), mit den Interessen der Bemag, die zuerst zu einem Viertel, dann ganz eine städtische Gesellschaft war, verquickt und auf diese Weise die Stadt geschädigt habe. Strafrechtlich wird ihm Untreue in mehreren Fällen vorgeworfen.

An den dunklen Geschäften des Herrn Lettow war auch in hohem Maße der deutschnationale Stadtrat Wege beteiligt;

auch gegen ihn schwebte die Voruntersuchung. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Lettow, der seit dem 1. November 1922 allein zeichnungsberechtigtes Vorstandsmitglied der Bemag war, wurde im Oktober 1929 fristlos entlassen.

Der Angeklagte Kurt Lettow hatte nach dem Tode seines Vaters als dessen alleiniger Erbe die damals noch offene Gesellschaft Bipa übernommen. Die Bipa war vor dem Kriege ein Milchproduktionsbetrieb, hatte aber auch einen Fuhrbetrieb, mit dem sie Wohngepanne zur Verfügung stellte. Durch die Milchmangelswirtschaft mußte sich die Bipa umstellen; sie wurde ein

Milchverarbeitungsbetrieb. Gleichzeitig dehnte der Angeklagte seinen Fuhrbetrieb aus, indem er seine Wohngepanne der Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Hausbesitzer zur Verfügung stellte, die die Berliner Müllabfuhr besorgte. So entstand die erste Verbindung zwischen der Bipa und der Berliner Müllabfuhr. Diese geschäftlichen Beziehungen baute nun der Angeklagte als Generaldirektor der Bemag zum Schaden der letzteren aus.

So räumte er im Jahre 1924 der Bipa Kredite ein, ohne dafür Sicherheiten zu verlangen. Für diese Kredite, die im Laufe der Zeit über 1 Million anwuchsen, wurden anfangs überhaupt keine Zinsen verlangt. Erst auf Einspruch des neu eingetretenen Direktors Krüger wurde eine Zinsberechnung aufgestellt. Als aber die Bemag, die bei Eintritt des Angeklagten Lettow als Generaldirektor finanziell sehr gut fundiert war, nicht zuletzt durch dessen Finanzoperationen, selbst in Geldschwierigkeiten geriet und gezwungen war, Kredite aufzunehmen, die sie nur gegen Sicherheiten erhalten konnte, auch die Bipa zur Stellung der Sicherheiten heranziehen wollte, machte der Herr Generaldirektor Lettow ihr gewisse Schwierigkeiten. Er wollte die seinem Privatunternehmen, der Bipa, ohne Sicherheiten geliehenen Bemagaktien nicht ohne hohe Bürgschaftsprovision hergeben. Diese Provision sollte aber so hoch sein, weil die Bemagaktien seinerzeit auf den phantastischen Kurs von 200 Mark gebracht worden waren, während der Kurs in Wirklichkeit kaum die Hälfte betrug. Das sollte den einen Punkt der Untreue gegen die Bemag vorstellen. Der

Der Generaldirektor Lettow soll es aber auch verstanden haben, seine Bipaaktien zu dem unglaublichen Kurse von 200 Mark bei der Bemag anzubringen

und dadurch seinem Privatunternehmen große Vorteile zuzuschützen.

Nicht minder interessant ist ein weiterer Punkt der Anklage. Die Bemag war unter ihrem Generaldirektor Lettow schließlich an den Rand der Zahlungsfähigkeit gebracht. Eine groß angelegte Sanierungsaktion wurde in die Wege geleitet. Was aber machte nun Herr Lettow? Um die Jahreswende 1928 beschloß er die Gründung einer auswärtigen Müllabfuhrgesellschaft in Turin in Italien. In direktem Widerspruch zu dem ihm bei der Sanierung der Bemag gestellten Bedingungen bediente er sich dabei der David Grove A. G., die von der Bemag finanziell abhängig war. Wer weiß, wohin die ausschweifenden Geschäftspantastien des Herrn Lettow nicht noch geführt hätten, wenn der damalige Vorsitzende des Aufsichtsrats der Bemag, der sozialdemokratische Stadtrat Reuter gegen diese Pläne nicht Einspruch erhoben und sie so zum Scheitern gebracht hätte. Die Anklage erblickt in der Bestellung von Materialien für die geplante Turiner Gesellschaft eine Untreue, da die David Grove A. G. ohne Sicherheiten diese Bestellungen bevorzugen mußte.

Schließlich der Hauptpunkt der Anklage, er betrifft die Zahlung von 150 000 Mark durch die Bemag an die Bipa für ein dieser gehörendes Haus in der Monumentenstraße 33/34. Die Anklage behauptet, daß die Bemag dieses Haus nur erworben habe, um einen Teil der von der Bipa der Bemag schuldbunden 600 000 Mark habe sicherstellen wollen. Durch die Zahlung der 150 000 M. war aber diese Absicht vereitelt worden.

Zu der heutigen Verhandlung sind noch keine Zeugen geladen. Die ganze Morgensitzung ist mit der eingehenden Schilderung des Angeklagten über die Entwicklung und die finanzielle Lage der Bipa ausgefüllt.

Der Star-Kapellmeister

Fritz Busch an der Städtischen Oper?

Die Städtische Oper, das heißt ihr vom Aufsichtsrat ermächtigter Intendant Karl Ebert, ist im Begriff, Fritz Busch, den Dresdener Generalmusikdirektor, für nicht weniger als fünfzig Abende der kommenden Spielzeit als Gastdirigenten zu verpflichten. Da ein solcher Vertrag den Etat der Oper (Busch beläuft 550 Mark pro Abend) mit 27 500 Mark belasten würde, da dies auch eine künstlerische Akzentverschiebung zur Folge haben müßte, ist es wichtig, sich mit den Vor- und Nachteilen dieser Lösung der Kapellmeisterfrage auseinanderzusetzen.

Zunächst: es ist eigentlich gar keine Lösung, es ist ein Kompromiß. Denn Busch wird weiter Generalmusikdirektor der guten und gebuldeten Stadt Dresden bleiben — hier in Berlin aber, das uns allein interessiert, wird er so ungezählt und nebenbei ebenfalls die Funktion eines Generalmusikdirektors ausüben. Ohne so zu heißen freilich, und doch wieder nur gastspielweise. Ihm werden alle wichtigen Neuinszenierungen übertragen werden, ohne daß er dafür auch die musikalische Gesamthaltung der Oper zu verantworten hätte.

Glaubt Ebert, auf die geistige Führung und sichtbare Verantwortlichkeit eines Musikers verzichten zu können (bei seinen großen Verdiensten und Erfolgen ein diskutabler Standpunkt), dann könnte das Engagement Buschs doch nur den einen

Sinn haben: einen Star, eine Zugkraft mehr zu besitzen. Ohne Rücksicht darauf, daß — in diesen Zeiten! — ein Mann zwei Stellen ausfüllen und zwei Riefenhonorare einstreichen würde. Ohne Rücksicht darauf, ob dieser eine die zwei Pflichtentzwei mit gleicher Intensität zu betreiben vermöchte, was immerhin zu bezweifeln ist. Es soll damit nichts gegen Busch gesagt werden. Er ist ein außerordentlich qualifizierter Musiker, ein ausgezeichnetster und erfolgreicher Kapellmeister — wenn er uns auch keineswegs so groß erscheint, wie es die Voraussetzung für solches Vorgehen wäre; und wenn uns seine Tätigkeit am Kult der Städtischen Oper dem, was in guten Aufführungen dort sonst zu geschehen pflegt, nicht so unbedingt überlegen vorkommt.

Ebert hat die Städtische Oper in den letzten anderthalb Jahren ganz außerordentlich in die Höhe gebracht. Um so mehr hätte nun ein Institut dieses Ranges die Pflicht, sich nicht mit Kompromissen zu begnügen. Hätte die Nacht, sich für oder gegen die ausgesprochene Mitverantwortlichkeit eines Musikers klar zu entscheiden. Und hätte schließlich die Möglichkeit, der Starwirtschaft aus dem Wege zu gehen; der Unsicherheit und Nervosität ferner, der das, was man noch nicht hat, immer besser erscheint, als das, was man bereits besitzt — und den Namen auf alle Fälle über die Leistung stellt, mag es noch so große Opfer fordern. A. W.

standrechtlichen Erschließung der Führer folgt noch ein geistvoller Einzug der Freiheitskämpfer — frei nach den „drei Musketieren“ — in den Himmel oder ins Wallhall. Vor dem rasenden Tempo und der ungeheuren Wucht, die den Film erfüllt und noch mehr erfüllen würde, wenn die Verfolgungs- und großen Kampfszenen ganz erheblich gekürzt würden, treten die einzelnen Mitspieler in den Hintergrund. Luise Ullrich, die hier im Tonfilm debütiert, verkörpert gut die Tochter eines bayerischen Beamten, die in unwandelbarer Treue an dem Rebellen festhält. Hervorzuheben sind ferner zwei Offizierstypen, die Victor Barconi und Fritz Kampers darstellen. Sonst ist überall das Volk der wahren Spieler.

„Hochzeitsreise zu Dritt“

Titania-Palast

Vom Drama einer unmöglichen und gerade erst theoretisch-dokumentarisch begonnenen Ehe eines schmerzreichen Landwirts mit völlig wienerisch-eleganten Lebemannaktören über das Verkehrsbiro der Bundesbahnen in einen amüßigen Liebesroman hinüber spielt dieser Film zwischen Wien und Capri. Das gibt Gelegenheit uns Genoa und Neapel vom Schiff bewundern zu lassen und mit dem Wiener Paar auf dem Benu und durch Capri zu wandeln. Die tragisch umdüsterte Filmidylle — Brigitte Helm — muß dem

reizenden Schalterfräulein — Susi Lanner — weichen, dazwischen steht der famose Ostar Karlowe und daneben der Hotelstrijour Ostar Sima. Der gibt nun ein Wiener Original von guten Eltern und Ahnen, und das macht er so, daß man aus dem Bogen gar nicht herauskommt. Noch ein paar gelungene Figuren hat Joe May mit den Autoren Karischka und Hoim hineingestellt. Die sparsam eingefügte Musik zeigt Jurmann und Kaper wieder in ihrer Schlagfertigkeit. Im ganzen ein recht unterhaltender und sehr lustiger Film. bn.

Die braune Mütze

Rundfunk für Arbeitsdienstpflicht

Zwei aufeinanderfolgende Vorträge der Berliner Funktunde befaßten sich am Dienstag mit der „Jugendertüchtigung“ durch den Arbeitsdienst. Zwar hat der Reichsarbeitsminister Dr. Sgrub gerade gestern im Reichstagsauschuß bestätigt, daß nur freiwilliger Arbeitsdienst für die Jugend Bedeutung habe; zwar hat er festgestellt, daß für Mädchen die offenen Lager, aus denen sie abends zu ihrer Familie heimkehren, dem geschlossenen bei weitem vorzuziehen sind. Tut nichts: die Funktunde propagiert die von ihren maßgebenden Stellen gewünschte Arbeitsdienstpflicht und die Zusammenfassung von Mädchen in geschlossenen Arbeitslagern. Wer diese maßgebenden Stellen sind? Es war für den Hörer dieser Vorträge nicht schwer, das zu erraten.

Erika Bauernmeister und Heinrich Steinmann, die sich über „Erste Erfahrungen im weiblichen Arbeitsdienst“ unterhielten, legten sich für das System Braunschweig ein. Dort tragen — heil! — alle in Arbeitslagern erfahren weiblichen Jugendlichen braune Mützen (Wer zahlt sie eigentlich? Werden sie in Klagegestalt als „Arbeitskleidung“ verrednet?). In diesem Gespräch wurde der Arbeitsdienst auch für die Frauen als Pflicht gefordert und selbstverständlich auch für sie das geschlossene Arbeitslager.

Dann folgte ein Vortrag von Reinhold Schaller über „Die geistige Voraussetzung für das freiwillige Werkjahr“. Auch hier wurde der freiwillige Arbeitsdienst nur als Vorstufe zum Pflichtdienst angesehen und als bescheidener Ersatz für die gute alte Militärdienstpflicht. Neben dem eigentlichen „Arbeitsdienst“ wurde entsprechend Schleichers Direktiven die Teilnahme an dem dem Arbeitsdienst gleichgestellten Wehrsport in geschlossenen Lagern aus dringendster Empfehlung, zur „besseren Vorbereitung auf den Beruf“. Uebrigens erleben die nationalitätlichen Arbeitslager die Wehrsportlager einigermaßen. Man marschiert dort nicht nur morgens „im Gleichschritt“ fünfviertel Stunden zum Arbeitsplatz und abends wieder zurück, man vernachlässigt in ihnen auch sonst nicht die „Ertüchtigung“ durch „Ertragung von Strapazen“, durch Zwang zum „primitiven Gehorsam“ und durch Erziehung zu militärischen Gesichtlichkeiten. — 12.

Der Koffer-Konzern geht in die Brüche. Die Besitzerin des Metropoltheaters hat das Konkursverfahren gegen die Brüder Kotter wegen der Rückstände eröffnen lassen. Im Metropoltheater wird aber für die Schauspieler weitergespielt. Max Hansen verzichtet zu ihren Gunsten auf jedes Honorar. Im Theater des Westens soll der „Schwejt“ vorläufig bis Sonntag einschließlich fortgeführt werden. Die Gage wird aus der Kautions bestritten. — Im Vespertheater bedroht ein Streik der Bühnenarbeiter die für Donnerstag angelegte Premiere, falls bis dahin die rückständigen Gehälter nicht gezahlt sind. — So ist dieses ganze Schachelsystem der Kotterei ins Ruftchen gekommen, und es ist vor der Hand unklar, was aus den einzelnen Theatern wird. Eine Neufinanzierung der Kotterei scheint ausgeschlossen; es muß mit dem ganzen System nun endgültig Schluss gemacht werden.

„Terzett“ — „Zu Hilfe“. Zu unserer Kritik über Marcel Achards „Terzett“ wird uns vom Drei-Raketen-Verlag mitgeteilt, daß der Titel „Terzett“ nicht von Bruno Frank stammt. Bruno Frank hat den ursprünglichen Titel der französischen Komödie „Zu Hilfe“ gewählt. Marcel Achard hat bei seiner jetzigen Anwesenheit den Titel selbst geändert.

Die René-Claire-Premiere am Donnerstag. Die für heute angelegte Premiere des René-Claire-Films wird aus technischen Gründen auf Donnerstag verlegt. Die Ratten behalten Galtigkeit.

„Für oder wider Ostionismus.“ Die Vespertageshalle veranstaltet einen Vortrag über dieses Thema. Freitag, 7½ Uhr, sprechen Altschlager Blah 5 Prof. Artur Kronfeld und Landgerichtsdirektor Albert Hellwig über „Telepathie, Hellsehen, Gedankenlesen“.

Das Theater der Schauspieler ist vom Magistrat Berlin beantragt worden, einen Schiller-Adressen herauszugeben. Die erste Vorstellung sind die „Räuber“, die am 26. Januar zum erstenmal gegeben werden.

Sechs Tage KPD.-Mitglied

Dann hatten sie schon genug

Anfangs der vorigen Woche berichtete die KPD.-Presse in großer Ausmachung über den Uebertritt der Vorstandsmitglieder Albert Mädlar und Arno Richter des Gesamtverbandes in Plauen im Vogtland zur kommunistischen Partei. Beide waren bis dahin politisch in der SAP. organisiert. Mädlar war Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Städtischen Betriebe, Richter Vorsitzender des Betriebsrates des Städtischen Krankenhauses. Eine Erklärung, die in der KPD.-Presse veröffentlicht wurde, ließ sagen, „daß der fortgesetzte Berat der sozialdemokratischen Führer an den Klasseninteressen der Arbeiterschaft sie zu diesem Schritt veranlasse...“ Nur die KPD. schaffe durch ihre revolutionäre Politik die Einheit der Arbeiter im Betriebe.

Die Freude der KPD. war nur von kurzer Dauer. Schon am Freitag, dem 13. Januar, haben beide in der Generalversammlung des Gesamtverbandes ihren Austritt aus der KPD. wieder erklärt. Die von ihnen angehängt unterzeichnete Erklärung in der kommunistischen Presse stammt nicht von ihnen und ist auch nicht von ihnen unterzeichnet worden.

Bei ihrem Uebertritt zur KPD. ist ihnen von den Parteisekretären Janka und Witten-

ihren ehrenwörtlich versichert worden, daß man von ihnen Spaltungsarbeit gegen die Kultur- und Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft nicht verlangen werde. Die KPD. habe sich in diesen Tagen umgestellt, es liege ein neuer Entschluß des Eff. vor.

Aber schon in den nächsten Tagen wurde das Gegenteil von beiden verlangt. Sie sollten bei der Generalversammlung der Ortsverwaltung Plauen eine Oppositionsliste für die Besetzung des Vorstandes aufstellen. In der Generalversammlung am 13. Januar erklärten beide, daß sie diese Aufforderung abgelehnt hätten, und daß sie das Vertrauen, das ihnen die Kollegen im Betriebe geschenkt haben, nicht enttäuschen wollten. Sie hätten sich selbst verachten müssen, wenn sie zu willkürlichen Werkzeugen und Lakaien der KPD.-Bürokratie herabstiegen würden.

Diese Erfahrungen mit der KPD. und KGO. haben in wenigen Tagen Arbeiter gemacht, denen es Ernst um die Einheit der Arbeiterbewegung war. Sie haben in den wenigen Tagen bei der KPD. Gesegenshaft gehabt, die wahre Frage der KPD. kennenzulernen.

Die Spalter

Sie wollen nur — isolieren

An den Einheitschern der KGO liegt es bestimmt nicht, wenn diese bei den Betriebsräte-wahlen nicht sämtliche Sitze bekommt. Die Spalter betonen besonders die Notwendigkeit der Isolierung:

„Der entscheidendste Fehler der bisherigen Betriebsräte-wahlen war, daß die Einheitslisten nicht tatsächlich die Einheit der Belegschaft in genügendem Maße verkörpern. Einheitslisten, auf denen bestimmte Teile der Belegschaft, nämlich die freigewerkschaftlichen, nicht vertreten sind, entsprechen nicht den Anforderungen, die wir in der gegenwärtigen Situation stellen müssen.“

Bei der Aufstellung freigewerkschaftlicher Kollegen für die Einheitslisten treten bestimmte Hemmungen auf, die rücksichtslos überwunden werden müssen. Der Sinn der Gewinnung freigewerkschaftlicher Kollegen für die Liste der gewerkschaftlichen Opposition und die Einheitsliste ist der, die freigewerkschaftlichen Kollegen in ihrer Mehrzahl für die Aufstellung dieser Liste zu gewinnen. Wir müssen differenzieren und müssen es verstehen, die unverbesserlichen mit der Gewerkschaftsbürokratie und dem Unternehmertum (!) rücksichtslos gehenden Betriebsräte von den anderen freigewerkschaftlichen Betriebsräten zu isolieren.“

Die KGO. will mit ihren einfachen Einheitslisten und mit ihren roten Einheitslisten nicht nur die freigewerkschaftlichen Listen zu den Betriebsräte-wahlen bestreiten, sie will dabei zugleich ihr Spalterhandwerk betreiben, einen Teil der Gewerkschaftsmitglieder von dem anderen isolieren.

Die Gewerkschaftsmitglieder tun gut daran, alles daranzusetzen, um die von den Gewerkschaften längst isolierte KGO. auch bei den Betriebsräte-wahlen gründlich zu isolieren. Ob sie als Spalter oder „Isolierer“ auftreten, die kommunistischen Einheitsfrontmacher sind erklärte Feinde der Gewerkschaften und suchen die Gewerkschaftsbewegung zu schädigen, wo sie nur können.

Betriebsräte-wahlen

Durch einen Teil der bürgerlichen Presse läuft eine Notiz, daß die Reichsregierung die Absicht hätte, ebenso wie im Jahre 1932 auch in diesem Jahre die Betriebsräte-wahlen ausfallen zu lassen. Von einer derartigen Absicht ist dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund nichts bekannt. Die Gewerkschaften wollen die Betriebsräte-wahlen nicht nur unbedingt durchführen, sondern sie sind bereits in dieser Durchführung begriffen. Ein Teil der Neuwahlen ist bereits vollzogen worden. Nach einer Rückfrage im Reichsarbeitsministerium ist dort von derartigen Absichten nichts bekannt.

Die Betriebsräte-wahlen finden statt.

Alle Belegschaften haben die Pflicht, nur freigewerkschaftliche Betriebsräte zu wählen, damit die Gewähr für sachliche Arbeiten der Betriebsvertretungen auch weiterhin gegeben ist.

Ein Streikführer

Nachspiel vom BVG.-Streik

Die erste mit dem Verkehrsstreit in Zusammenhang stehende Berufungsklage wurde am Sonnabend vor dem Landesarbeitsgericht verhandelt.

Der Kläger Müller war als kaufmännischer Angestellter bei der VBB.

jensterselben seiner Wohnung eingeworfen wurden. Er stehe und falle mit dem Streik, versicherte Müller, und wenn es ihn den halben Arsch kosten sollte.

Das Großmutter glaubte aber, daß ihm persönlich gar kein Schaden aus seinem Verhalten entstehen könne, denn erstens war er ja nicht am Streik beteiligt und zweitens glaubte er durch eine Bestimmung im Statut der Pensionskasse, der er angehört, vor Entlassung geschützt zu sein. Er hat aber in seinem blinden Eifer nicht daran gedacht, daß ein zur fristlosen Entlassung berechtigender wichtiger Grund diese Vergünstigung aufhebt.

Die VBB. hat den großmütigen Nazi fristlos entlassen, er hat dagegen beim Arbeitsgericht geklagt und ist abgewiesen worden. Das von Müller angerufene Landesarbeitsgericht hat keine Berufung zurückgewiesen, also die fristlose Entlassung für berechtigt erklärt, weil das Verhalten des Klägers, der aus politischen Gründen einen Streik propagierte, an dem er gar nicht beteiligt war und der Streikende, welche die Arbeit aufgenommen hatten, an dem Streik beteiligt habe, so sehr gegen alle moralischen Begriffe verstoße, daß seine Weiterbeschäftigung der Belegschaft nicht zugemutet werden könne.

Abwehr der Angestellten

Die Angestellten-gewerkschaften aller drei Richtungen (ADL, Bedag und AfA-Bund) haben der Reichsregierung und dem Reichstag eine eingehende Denkschrift überreicht, in der sie gegen den überspannten Stellenvorbehalt der Versorgungsamter in der öffentlichen Verwaltung Stellung nehmen.

Nach den Bestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. November 1932 sind die Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung in Zukunft fast ausschließlich den ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und der Polizei vorbehalten. Das bedeutet eine durch nichts gerechtfertigte Schädigung der Angestellten, von denen zur Zeit rund 500 000 dem Elend der Erwerblosigkeit ausgeliefert sind. Dabei wird von allen Angestellten-gewerkschaften noch besonders darauf hingewiesen, daß die Angestellten in der öffentlichen Verwaltung fast ausnahmslos Kriegsteilnehmer gewesen sind.

Die Angestelltenverbände bestritten, daß ein Bedürfnis vorlag, den Versorgungsanwärtern so weitgehende Rechte einzuräumen. Sie fordern, daß zwischen den Bedürfnissen der Zivilverwaltung und den berechtigten Interessen der Angestellten ein gerechter Ausgleich gefunden werde.

zweiten Januarwoche wieder günstiger. Goldbestände nahmen um 4,1 auf 801,1 Millionen ab, deckungsfähige Devisen dagegen um 4,6 auf 119,7 Millionen zu. Die Notendenzung ist mit 28,2 gegen 27,3 Proz. in der Vormoche wieder reichlicher geworden.

Diese Geldknappheit in Deutschland, wir haben das schon mehrfach betont, beweist angesichts der scheinbar ungeheuren Anstrengungen, Arbeit zu beschaffen, immer von neuem sowohl die Unzulänglichkeit der getroffenen Maßnahmen, als auch die Unfähigkeit der Privatwirtschaft, von sich aus zur Wirtschaftsbelebung beizutragen.

Vorkauf gegen den japanischen Imperialismus. Aus Schanghai wird berichtet, daß die chinesische Handelskammer ihren Mitgliedern empfohlen habe, sich für den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu Japan einzusetzen.

Nach dem Esel das Kamel

Ein dänischer Landwirt macht ernsthaft Propaganda für die Einführung des asiatischen Kamels als Haustier der dänischen Landwirtschaft. Er begründet dies damit, daß das asiatische Kamel als Haustier erheblich stärker und flehiger als das Pferd sei. Es solle ausschließlich von Heu und Stroh leben können. In Kanada habe man bereits mit dem asiatischen Kamel erfolgreiche Erfahrungen gemacht. Das Kamel könne besonders auf dem westfälischen Heideboden nützlich sein.

Warum nicht? Deutschland hat genug Esel, wie der deutsche Landwirtschaftsrat mit seiner Kontingentsforderung für Esel bewies. Warum soll Dänemark nicht den Pferdebestand durch Kamel ersetzen?

Rundfunk am Abend

Mittwoch, 18. Januar

Berlin: 16.15 Mit der Filmkamera durch Jugoslawien (F. Günther). 16.30 Aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.29 Soziale Steuerpolitik (A. Vogel). 17.45 Die junge Generation. 18.05 Zeitgenössische Lieder. 18.30 Heiteres aus Schwaben (A. Auerbach). 18.50 Mitteilungen des Arbeitsamtes. 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Stimme zum Tag. 19.10 Unterhaltungsmusik. 20.00 Vom Deutschlandsender: Reichsgründungsfeier. 21.00 Das Reich ist unser. 22.30 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Aus Magdeburg: Abendunterhaltung.

Königs-wusterhausen: 16.00 600 Jahre Wohnkultur. 16.30 Aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.10 Aufgaben der deutschen Turnerei. 17.30 Die Anfänge des deutschen Volkes. 17.55 Tägliches Hauskonzert. 18.30 Einheitskurzschrift. 18.55 Wetterbericht. 19.00 Französischer Sprachunterricht. 19.30 Das Gedicht. 20.00 Reichsgründungsfeier. 21.00 Aus Köln: Festliches Konzert. 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. 22.45 See-Wetterbericht. Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europaprogramm im „Volksfunk“, monatl. 96 Pf., durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Kriegsprofite winken. Der japanische Raubzug gegen China läßt das internationale Rüstungskapital Morgenluft wittern. Die Angebote auf Lieferung von Kanonen, Gewehren, Munition und Kampflugzeugen häufen sich bei der chinesischen Zentralregierung. In Kanton ist jetzt von dem dort regierenden General der Bau einer Uniformfabrik angeordnet worden, deren Leitung in militärischen Händen liegt. Eine Werk in dem englischen Interessengebiet Hongkong hat den Bau einer Kanonenboot-Flottille in Auftrag erhalten.

Wetter für Berlin: Bedeut. leichte Schneefälle, weiterhin-mäßiger Frost bei südöstlichen Winden. Für Ostdeutschland: In Süddeutschland stärkere Schneefälle, im übrigen Deutschland leichte Schneefälle bei möglichem Frost, aber im Westen nur leichter Frost.

Verantwortlich für Politik: Rudolf Brenden; für Wirtschaft: G. Ringelböcher; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Revisionen: Herbert Leypelt; Lokales und Regionales: Fritz Rothardt; Anzeigen: Otto Dengel; sämtlich in Berlin; Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Fortwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt; Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstr. 3; Preisverhältnisse und Anzeigenpreise werden in jeder Morgen-Ausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht.

Hierzu 1 Beilage.

beschäftigt. Obwohl er sowie seine Berufsgruppe an dem Streik nicht beteiligt war, fühlte er als eifriger Nationalsozialist sich doch veranlaßt, für den Streik des Verkehrspersonals Propaganda zu machen. Nachdem die VBB. unter Drohung mit Entlassung zur Arbeitsaufnahme aufgefordert hatte, ging Müller in eine Versammlung der Streikenden und hielt eine Rede, in der er zur Fortsetzung des Streiks aufforderte.

Zu jener Zeit lagen sich die Nazis und die Kommunisten schon in den Haaren, weil jeder den anderen beschuldigte, an dem Mißerfolg schuldig zu sein. Müller verteidigte natürlich die „Taktik“ der Nationalsozialisten und beschuldigte die Kommunisten als Arbeiterverräter. Zwei KGO-Leute, welche die Arbeit aufgenommen hatten, machte Müller in der Versammlung namhaft. Die unmittelbare Folge davon war, daß einem der Angeprangerten noch an demselben Abend die

Die Arzneitaxe

Der arme Kranke soll die höheren Apothekengewinne bringen!

Die „Pharmazeutische Zeitung“ äußert sich in ihrer Nummer 4 über eine Veröffentlichung, die der „Vorwärts“ am 11. Januar d. J. unter der Überschrift „Unverantwortlich! Verteuerung der Arzneien ab 1. Februar“ gebracht hat.

Was die „Pharmazeutische Zeitung“ über die sachliche Berechtigung des Artikelinhalts schreibt, dürfte wohl das eigenartigste sein, was die Apothekerpresse sich in letzter Zeit geleistet hat. Es ist immerhin schon stark genug zu behaupten, daß die Taxerhöhung nur „für einen ganz kleinen Bruchteil“ von Arzneispezialitäten in Frage käme, während bei den übrigen pharmazeutischen Spezialitäten der Taxerabatt teils unverändert, teils verringert sei. Die Zahl der Arzneispezialitäten, bei denen der Einkaufspreis unter 1 Mark liegt, dürfte zweifellos die große Masse der Arzneispezialitäten, nicht aber einen ganz kleinen Bruchteil darstellen. Für die überwiegende Mehrheit der Kranken ist es dabei höchst gleichgültig, ob der Taxerabatt für die wenigen teureren Arzneispezialitäten unverändert oder geringer ist. Entscheidend ist, daß für die große Masse die am meisten benötigten Arzneispezialitäten wesentlich teurer werden.

Es ist eigentlich kaum zu glauben, daß die Interessen der Apotheker immer wieder eine Stütze bei gewissen Regierungskreisen finden, deren einseitige Einstellung endlich einmal auch von den parlamentarischen Körperschaften unter die Lupe genommen werden müßte.

Die Geldschwemme

Rückgang der Reichsbankkredite

Nach dem Reichsbankausweis vom 14. Januar hat sich trotz der zur Monatsmitte sonst auftretenden Geldschwemme, die in Deutschland vorhandene Geldschwemme, d. h. das Fehlen jeglicher Nachfrage gegenüber freigelegten Wirtschaftsgeldern, noch verstärkt. Die Wechselbestände gingen weiter um 139,6 auf 2384,7, die Lombarddarlehen um 0,5 auf 71,4 Millionen Mark zurück. Nur die Reichsschatzwechsel haben um 10,8 auf 21,5 Millionen zugenommen. Die wachsende Geldfülligkeit der Banken zeigt sich auch in einer neuen Zunahme der unverzinslichen Gelder auf Girokonten um 14,9 auf 353,4 Millionen Mark.

Der Notenumlauf ging zurück; bei Reichsbanknoten um 103,1 auf 3270,8, bei Rentenbanknoten um 1,4 auf 391,3 Millionen Mark. Der Papiergeldumsatz war seit Jahren nicht so niedrig wie jetzt.

Die Devisenbilanz war auch in der

Staatstheater
Mittwoch, den 18. Januar
Staatsoper Unter den Linden
19 Uhr
Die Walküre
Staatliches Schauspielhaus
20 Uhr
Nora

VOLKSBLIHN
Theater am Bülowplatz
Täglich 8 Uhr D 1 Norden 0530
Oliver Cromwells Sendung
v. Walter Gibrichl. Regie Heinz Hilper
mit **Eugen Klöpfer**

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
Tel. 37. 10. 530-25
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Haus dazwischen
mit Max Adalbert
Jakob Tiedtke
Pauli Seelands
Berliner Theater
Charlottenstr. 51. 10. 11. 52
Täglich 8 1/2 Uhr
Auslandsreise
mit Felix Gröner
Maria Paule
Oscar Sabo, Lina
Behal, Berghoff, Wit.

CASINO-THEATER
8 1/2 Uhr
Lotharstr. 57
Täglich Bunte Bühne
Variété, Kabarett, Theater
Onkel Muz, der Ehestifter
Gutschein 1-4 Personen. Parkett nur 0,50. Parquet 0,75. Sessel 1,25
Sonntag 4 Uhr: Onkel Muz. Kl. Preise.

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Mittwoch, 18. Januar
20 Uhr
Turnus II
Die Prinzessin von Trapezunt
Eisinger, Schuster, Frind, Braut, Burgwinkel, Gombel, Gronau, Kahl, Heyer, Dirigent Müller

Deutsches Theater
Schumannstr. 13a
Wedend. 5201
Täglich 8 Uhr
Inszeniert von Max Reinhardt
Prinz von Homburg
von H. v. Kleist
Düggel, Fehdler, Fehdler, Kayler, Weymar, Lehmann

Neuamerspleiß
8 Uhr
Ensembles erwachsen
Schauspiel
Die Flasche
Komödie von Ringelnatz
Inszenierung
Jens Klöpfer-Müller

Wintergarten
1 Uhr 15. Pflanz 3434. Kassenstr.
Gaston Palmer
20 Wienerinnen konzertieren
Fuss-Heuser-Weiser
Winclairs-Walkmirs
usw.

MAUS WATERLAND
In Zusammenarbeit mit dem
Fam. Kasper
mit dem
KEMPINSKI

Stettiner Sängers
Reichshallen-Th., Dönhofpl.
8.15. Sonntags 3.30
zu ermäßigten Preisen
Das große Januarprogramm
Die Heben Erben

Schiller
Bismarckstr. (Kölle)
Stiehlpl. (C 1) 471
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Kolloch-ager
Die Männer sind mal so
Schauspiel, 10. 11. 12. 13.
Sonntag 4 Uhr
Robert und Bertram
Theater

Rose-Theater
Imke-Frausthorfer-Str. 132
Tel. Waidut 17 3422
8.15, 8.30 Uhr
Die Zirkusprinzessin

Kurtstend-Tr.
Kurtstendendamm 265
Tel. Bism. 1400
Täglich 8 1/2 Uhr
Glückliche Reise
Operette von Kluge
in der
Premiere
18. 19. 20. 21.

B. B. B.
Jesdowskys Halle 400
10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21.
Täglich 8 1/2 Uhr
Sings nach 4 U
Neu die Kiste

Arbeitsloser sucht Nachtquartier

Bericht eines Bettlers

Man schreibt uns:

Weshalb ich dies schreibe, weiß ich nicht. Vielleicht weil ich im Augenblick im Warmen sitze und die Erinnerung an dieses herbstliche Erlebnis mich mit jähem Schreden überfällt. Vielleicht weil mir eine Angst im Nacken sitzt, das Schicksal könne mich Arbeitslosen in die Winterkälte, in die Winternächte hinausjagen. Genug. Die mögen es lesen, denen es besser geht. Vielleicht, daß ich damit denen nütze, denen es geht wie mir.

Der Regen rinnt. Meine Umgebung — Schrebergärten und Vagerplätze — scheint davon überzeugt zu sein, daß ihre Herrlichkeit für dieses Jahr vorbei ist, und hat ihre Blüten- und Blätterpracht abgelegt. Das Paradies des Bewohners von Berlin D ist eine trostlose Wüste geworden. Ich habe nie geglaubt, daß man in der Millionenstadt so einsam und von jedem Lebewesen unbehelligt wandern kann. Es ist so still, daß man sich in die weiten Ebenen Nordwestdeutschlands mit seinen Mooren und Kanälen verlegt glaubt. Die breite Asphaltstraße zwischen den Gärten gleicht in ihrer regenlosen Glätte einem Wasserlauf. Der Wind kämpft pfeifend und zischend mit den Bäumen um ihre gelben, gelben, dürren Blätter. Die Stürze vor Angst aufschreien. Sonst ist ergreifend dumpfe Einsamkeit.

Ich suche etwas zum Essen und eine Unterkunft für die Nacht. Seit frühmorgens bin ich auf den Beinen, um durch Bitten und Klopfen an den Türen ein Stück Brot zu erhalten. Ohne Erfolg. Einmal bekam ich 5 Pfennig. Das sind in Notmühen umgerechnet zwei trockene Schrippen, von denen man auch nicht den ganzen Tag leben kann, wenn man sie schön einteilt und nicht sofort isst, wie es ein Anfänger machen würde, der noch keine Erfahrung im Hungern hat. Diese Erfahrung habe ich mir in den letzten Wochen reichlich erworben. Solange ging es noch so leidlich. Ich hatte immer noch irgend etwas, um es zum Frühstück zu bringen. Aber jetzt ist das letzte Stück Brot und ich bin ganz ohne Mittel. Seit einer Woche verlaufe ich nun schon mein Leben durch Betteln zu fristen. Es glückt nur nur selten, soviel zu erhalten, daß ich einigermaßen satt dabei werde. Die Konkurrenz ist zu groß und die meisten meiner Kollegen verstehen es besser, das Herz ihrer Mitmenschen zu rühren als ich, der Betteln immer noch als eine Schmach empfindet. Mir sitzt noch immer die bürgerliche Anschauung in den Knochen die es als eine Schmach ansieht, seinen Unterhalt durch die Mühseligkeit anderer befreiten zu lassen, und die es mir immer noch nicht gestattet, so sehr ich mich auch deswegen auscheite, meine Bitte so vorzutragen, daß ich wirklich bedürftig erscheine. Aber ich werde es schon noch lernen. . . Für heute Nacht allerdings bin ich gezwungen, hungrig auf einer Bank zu schlafen. Und die nassen Kleider werden im Regen nicht trocken. Bis auf die Haut werde ich durchnässen und vor großer Kälte zittern. Aber ich kann nicht die ganze Nacht umherlaufen. Ich gebrauche etwas Ruhe, um für meine morgige „Arbeit“ wieder gerüstet zu sein. Also ich suche ein ruhiges Plätzchen. . .

Anscheinend gehe ich in verkehrter Richtung, denn die Stille läßt hier schon nach, ich höre das Ringlein einer Straßenbahn und sehe Lichter, die im Regen trübe schimmern. Die Lichter scheinen einem Haufe zu gehören. Man kann es aber nur ahnen. Vom Haus selbst ist nichts zu sehen. Nur die Regelmäßigkeit der erklingenden Räder deutet auf einen jener großen Wohnblocks hin, die in den ersten Jahren rund um die Stadt entstanden.

Ich habe mich nicht getäuscht, das Haus wächst mit undeutlichen Konturen aus dem Dunkel. Der große Block, mit seinen hellerleuchteten Fenstern, erscheint wie ein Fels der Zuflucht, der Ruhe und Geborgenheit in diesem trüben und widerwärtigen Chaos, das mich umgibt.

Ich bleibe an eine Laterne gelehnt stehen und betrachte die vierfachen Lichtflecke. Dort die hohlen Streifen scheinen dem Treppenhause zu gehören und daneben drei Treppen hoch ist ein besonders helles Fenster, es hebt sich von den anderen ab und scheint freundlicher, einladender zu sein. Es blüht auf mich herab, als wolle es mir winken, heraufzukommen. Es ist, als verheißt es mir eine Hilfe, ein Ende meines nutzlosen Umherrens. Soll ich dem freundlichen Fenster trauen, soll ich es wagen, an die Wohnung, zu der es gehört, zu klopfen? Vielleicht habe ich diesmal Glück.

Das Fenster macht mir noch einmal Hoffnung. Bei seinem siegesgewissen Leuchten vergesse ich alle bisherigen Enttäuschungen. Wie ein Leuchtfeuer, bei dessen Anblick der Schiffbrüchige Mut schöpft, erscheint mir das Fenster. Ich fühle mich plötzlich legesicher. Menschen, die solch ein helles Fenster in die Nacht hinausstrahlen lassen, müssen ein gutes Herz haben. Sie werden mir helfen. Ich rauche nur hinzugeben, und ich bin geborgen. Eine ältere Dame, die mich an meine Mutter erinnert, wird mir öffnen. Ich werde sie um etwas Brot bitten. Sie aber wird mich einladen näherzutreten und mir in der Küche ein gutes, warmes Abendbrot geben. Fragen wird sie mich, was mich bedrückt. Ich werde ihr alles sagen. Auch, daß ich Angst davor habe, heute nacht im Freien

zu schlafen. O, sie bietet mir eine warme Kammer an. Ihr Mann kommt dazu. Ich erzähle mein Leben. „Ich besorge dir eine Stellung“, sagt der Mann, und in acht Tagen habe ich eine richtige Beschäftigung und Brot und Unterkunft.

Ich stehe an die Laterne gelehnt, und das Wasser rinnt am Hals entlang in den hochgeschlagenen Jacketttragen. Aber ich fühle mich gar nicht mehr so schrecklich unglücklich und verlassen, ich komme mir schon wieder sehr gekräftigt und gehoben vor. Ich brauche ja nur hundert

Schritt zu gehen, und mein ganzes Elend ist behoben! Das Fenster ist mein Freund, mein wahrer Freund, mit fast zärtlicher Dankbarkeit betrachte ich seine heimelnde Helle und überlege, was ich mit dem ersten verdienten Geld anfangen soll. Ich werde mir vor allen Dingen einen neuen Anzug und dann einen Mantel kaufen, aber vielleicht kaufe ich erst den Mantel, und dann den Anzug. . .

So. Jetzt werde ich gehen. Sonst könnte das Haus geschlossen werden. Ich betrachte noch ein-

mal das Fenster, um mir die Lage der Wohnung genau zu merken, steige die drei Treppen hinauf und sehe mir nicht einmal das Türschild an, so eilig habe ich es.

Ich klinge zweimal wie ein guter Bekannter, und vor Erwartung zittern mir die Knie. Schlürfende Schritte. Die Tür wird einen Spalt weit geöffnet. Ein Frauentopf er scheint. Ich stammele meine Bitte und . . . eine Flut von Schimpfworten prasselt auf mich ein. Frechheit, so spät noch zu betteln! Unverschämtheit, zweimal zu klingeln! Polizei!

Still wende ich mich ab und gehe. Mein Traum ist zu Ende.

Jetzt siehe ich wieder draußen. Um vieles elender als vorher. Immer noch heult der Wind. Immer noch rinnt der Regen. Kurt Witt.

Nathan Gurdus: Ragout fin aus USA.

Notizen aus meinem Tagebuch

1.

Erster Polizeibericht 1933 aus New York: „In der Nacht zum neuen Jahr wurden sechs Arbeitslose im Hafenviertel in einem Schuppen vollkommen entkräftet und vor Kälte erstarrt aufgefunden. Drei waren bereits tot. Die anderen wurden in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert.“

Da haben wir das Gesicht der Krise in USA. Denn es handelt sich hier keineswegs um einen Ausnahmefall. Solche kurzen sachlichen Polizeiberichte kann man in diesem unerbitterlichen Winter in den amerikanischen Blättern fast täglich finden. Und nur die Toten kommen in den Polizeiberichten. Die, die vor Hunger und Kälte noch nicht ganz erstarrt sind, die sich noch mühselig befehlend durch die Straßen von New York schleppen, die zu zählen, wer wollte sich diese Mühe entziehen! Die Polizei bestimmt nicht!

2.

New York Anfang Januar 1933. Die Blätter melden in Riesentiteln: „W i l l k o m m e n e Kälte! New Yorks Gesellschaft fährt zum Wintersport! Aber auch der Sonne entgegen! Besonders zahlreiche Reisen! Nach Miami, nach Palmbeach, wo man noch im Meer baden kann!“ Meldung unseres Sonderkorrespondenten aus Miami: Seit drei Jahren, seit dem Beginn der Krise, waren während der Winterferien die Hotels dieses herrlichen Kurortes nicht so voll wie dieses Jahr. Viele Hotels müssen ihre Gäste in Salons und Gesellschaftsräumen unterbringen, da alle Zimmer besetzt sind.

Hallo, was ist los? Meldete nicht soeben noch das amerikanische Finanzamt, wie schwer die Krise unter den Reichen des Landes aufgeräumt

hat? Schwerste Verluste bei Morgan und Rockefeller? Kurziert nicht das Schlagwort von Amerika als einem Lande der „armen Reichen“? Stimmt, stimmt! Stimmt alles! Viele Millionenvermögen sind durch die Krise halbiert worden, Millionenkontos zusammengeschrumpft. Man vergißt nur, daß das, was übrig blieb, noch sehr sehr viel ist! Mr. X. hat 50 Millionen Dollar verloren — Katastrophe, Katastrophe!

Katastrophe? 100 Millionen Dollar sind Mr. Y. verblieben. Ihm wie Mr. Z., so Mr. P. und Mr. Q.

Glauben Sie nicht auch, daß man mit dieser Summe seine kurzen Tage noch ganz nett verbringen kann?

Was ist also natürlicher als eine gute Saison in den Millionärsbädern Amerikas? Die oberen Zehntausend haben sich an die Krise gewöhnt, das goldene New York zählt noch einmal seine Guthaben, und siehe da: es hätte schlimmer kommen können! Man denke gar nicht, daß sich die Preise in den Millionärsbädern dem „furchtbaren Zustand“ der „armen Reichen“ angepaßt haben. Ein Zimmer in Miami kostet noch immer 50 Dollar täglich, ein Mittagessen in den Hotels soviel, daß davon eine New-Yorker Arbeitslosenfamilie sich viele Tage herrlich satt essen könnte.

Die New-Yorker Blätter sind in diesen Tagen voll von Meldungen aus den großen Millionärsbädern der Vereinigten Staaten. Riesige Rennen werden wieder veranstaltet, wie einst in den Zeiten der Prosperität. In Kuba fließt der Alkohol in Strömen, in Havanna genügen die Parkplätze nicht für die vielen Autos aus USA, in Bermuda hat man wilde Tiere aus Afrika importiert, damit die Herren Millionärsöhne aus New York ihr Jagdgebiet an mehrfachen Tieren

Eine Kunstschülerin erzählt . . .

Mitgeteilt von Heinz Löwi

In einem kleinen Café im alten Berliner Westen. — Wir sitzen zusammen, einige Freunde, debattieren, streiten; es ist wie immer. Plötzlich wird unsere Unterhaltung von einer Frauenstimme unterbrochen: „Haben die Herren Interesse für Federaquarelle?“ Ein junges Mädchen steht vor uns und zeigt kleine bunte Tuschzeichnungen. Wir danken, die Geldknappheit zwingt dazu, auch ansehen wollen wir die Blätter nicht, um keine Hoffnungen zu erwecken. Sie geht, die Episode ist vorbei, unsere Unterhaltung wird wieder aufgenommen.

Wenige Tage später besucht die kleine Zeichnerin uns wieder. Diesmal sind wir schon Bekannte, nicht ganz so ablehnend, wie beim ersten Male. Sie zeigt uns ihre Schätze, nennt die Preise, es entwickelt sich eine Unterhaltung. Ein Bild der Verblüdung genügt uns Freunden, der eine zieht einen Stuhl herbei, ein anderer bestellt eine Tasse Kaffee für unseren Gast, und schon sitzt sie in unserem Kreis und erzählt von ihrer Arbeit.

Wir schauen sie uns näher an, jung, frisch und nett aussehend, der Typ des Sportmädchens, die Wangen gerötet von der Kälte. Unbekümmert und unbefangen, ja mit einem gewissen Stolz spricht sie von ihrem Leben und von ihrem Kampf. Den Vater hat sie im Krieg verloren, die Mutter ist krank in einem Heim untergebracht, völlig auf sich selbst angewiesen, verlobt sie eine Jugend, die keine Illusionen gestattet. Und doch glaubt sie mit der ganzen Kraft ihrer 20 Jahre an ihre Zukunft und an ihr Talent. Schon weiß sie, daß die Konkurrenz groß ist, daß wirkliches Können notwendig ist um etwas zu erreichen. Ein Gedanke beherrscht sie, sie will ihre Ausbildung ermöglichen. In Berlin gibt es die Reimann-Schule, eine Akademie für werdende Künstler. Deren Kurse zu besuchen ist ihr höchstes Ideal. Aber die Kosten sind sehr hoch, monatlich 75 M. Unterrichtsgebühren sind Riesensummen.

Um es doch zu schaffen, versucht sie ihr Talent schon jetzt zu verwerten und geht Abend für Abend, oft schon am Nachmittag, durch die Restaurants und Cafés, ihre Bildchen zu verkaufen.

Welche Lokale besucht sie, wo findet sie Käufer? Gern gibt sie uns Auskunft. Von den Kneipen am Schlesischen Bahnhof, durch die Friedrichstadt führt sie ihr Weg zum feudalen Westen in die Bars und Tanzlokale. Immer gleichbleibend freundlich, kein leichter Weg für ein junges Mädchen. Oft, in vorgerückter Stunde, wird sie die Zielstraße häßlicher Witze und gemeiner Anspielungen derer, die glauben, mit ein paar Pfennigen nicht nur die Bilder, sondern auch ihre Herstellerin kaufen zu können. Menschen, die scheinbar Rot und Sorgen nicht kennen, rufen den Geschäftsführer und verbitten sich laut schimpfend die „Belästigung“. Auch andere trifft sie, die gerne kaufen und helfen möchten, gerade in den Arbeiterbezirken, denen aber alle Mittel fehlen. Manche Tour, die 4 bis 5 Stunden gedauert hat, war ohne Ergebnis. Sonnabend ist ein guter Geschäftstag. Pärchen und Ehepaare sind ihre besten Kunden. Es ist ja ein netter und billiger Wanderschmuck für das Heim. Stolz erzählt sie uns, daß sie vor wenigen Tagen 7 M. einnehmen konnte. Wahrlich wenig, wenn man bedenkt, daß allein zur Herstellung eines Bildchens etwa eine Stunde intensiver Arbeit notwendig ist.

Unsere Frage nach ihren Zukunftsplänen beantwortet sie mit einem Achselzucken. Wie Millionen andere hofft sie auf bessere Zeiten, dann will sie ein Atelier einrichten.

Bald wird sie unruhig und sieht nach der Uhr, einige Lokale sollen noch besucht werden. Wir lassen sie gehen, Hut ab vor einer solchen Jugend, Hut ab vor so einem Mädchen, das mit verbissener Energie den Kampf um das Dasein aufgenommen hat.

auslassen können! In Kalifornien hat ein New-Yorker Millionär eine Gesellschaft von 50 Leuten zu einem Ausflug nach China eingeladen. Auf einer eigenen Yacht, die er sich für einige Millionen Dollar hat bauen lassen (ein bißchen chinesischer Krieg gefällig zum Dessert oder so?) . . . Man könnte die Berichte zu einem dicken Buch zusammenfassen, zu einem Buch, daß . . .

Ach so, keine Aufregung zum Klassenhaß, ihr lieben Millionäre, die ihr so um Weihnachten herum in euren New-Yorker Frachtzügen euer gutes Herz entdeckt. Ging nicht eine „soziale Belle“ durch eure Luxusviertel, wurde „soziale Arbeit“ nicht zu einem emsig betriebenen Sport? Ich kann mich noch deutlich erinnern, ihr verehrten Bank- und Industriefürsten, wie eure hohen Damen, die Damen der höchsten New-Yorker Aristokratie (man denke) für Arbeitslose Strümpfe stricken. (Die Kooptateure drehen wie wild: Frau Morgan beim Strümpfe stricken, die Ladies des Hauses Rockefeller, Strümpfstricke-Sozial-Parties! Täglich, täglich! Sport, Sport, Sport! Die Herren Gemahle der Ladies waren so entzückt und so versunken in Bewunderung, daß sie vergaßen, Schecks auszuscheiden für die Wohlfahrtsorganisationen.) Aber jetzt ruft Miami, die Winterferien fordert ihr Recht und die New-Yorker Damen haben zur allgemeinen Befriedigung der Wohlfahrtsorganisationen das Strümpfe stricken aufgegeben (denn jedes Paar mußte auf einer Dankadresse der hohen Lady bestätigt werden), um ihre „Gesundheit“ in Miami wiederherzustellen, während der Herr Gemahl — der Köstlich am Haushaltsbudget fängt natürlich beim Wohltätigkeitsposten an — noch immer nicht daran denkt, die milde Hand den Millionärstrümpfempfängern auszustrecken.

3.

In San Francisco wurden während einer Woche über 5000 vom Hunger auf der Straße zusammengebrochene Arbeitslose in Asyl eingeliefert. Die Asyl sind so voll, daß die Arbeitslosen in furchtbaren Baracken übereinandergeschichtet schlafen müssen.

Die Belegschaft einer Fabrik in San Francisco beschloß, als sie von diesem Elend erfuhr, 10 Prozent des ohnehin fargen Lohns an die Arbeitslosen abzuführen.

Der Präsident des betreffenden Konzerns erklärte tags darauf: „Wir müssen Lohnkürzungen vornehmen, da unsere Arbeiter in der Lage sind, freiwillig auf 10 Prozent ihres Einkommens für soziale Zwecke zu verzichten.“

4.

Vor zwei Wochen spendete ein New-Yorker Millionär für den Bau einer Kirche 12 Millionen Dollar. Es soll einer der schönsten Luxusbauten New Yorks werden. Marmor teuerster Art wird verwendet. Mit der Ausmalung der Wände sind die prominentesten Künstler betraut. (Ob der nach New York engagierte George Grosz unter ihnen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.)

Derselbe Millionär gab für eine New-Yorker Kinderspeisung (20 000 Kinder sind in der letzten Woche von den Schulbehörden nach Hause geschickt worden, weil sie entkräftet in der Schule zusammenbrachen — und das nur allein in einem New-Yorker Bezirk) 120 Dollar (in Worten: Einhundertzwanzig Dollar). So viel ungefähr (was sag ich, viel mehr!) gibt die Frau dieses Herrn wöchentlich für kosmetische Artikel aus. . .

5.

Wohin geht Amerika? Ein bekannter amerikanischer Volkswirtschaftler, der die Revolution in Rußland miterlebt hat, sagte kürzlich zu mir: „Die Erbitterung bei uns ist fast eben so groß wie seinerzeit die Erbitterung gegen den Zarismus in Rußland. Das amerikanische Kapital ist der Zarismus des Geldes. Genau so unerbitterlich und genau so blind in sein Unglück rennend. Man muß zusehen, daß kein Untergang dem Volke zugute kommt!“

